

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1975

Ausgegeben am 27. März 1975

58. Stück

- 188. Verordnung: Festsetzung der Journaldienstzulage für die Ärzte an den Universitätskliniken und an den Tierkliniken der Tierärztlichen Hochschule
- 189. Verordnung: Änderung der Verordnung über die Festsetzung von pauschalieren Aufwandserschädigungen für Beamte im Gefangenenaufsichtsdienst und für Jugend-erzieher an Justizanstalten
- 190. Verordnung: Abänderung der Verordnung über die Pauschalierung der Überstundenvergütungen für Richteramtswärter und Richter
- 191. Verordnung: Abänderung der Verordnung über die Pauschalierung der Überstundenvergütungen für staatsanwaltschaftliche Beamte
- 192. Verordnung: Änderung der Verordnung über die Pauschalierung der Vergütungen für zeitliche Mehrleistungen für Hochschullehrer, Vertragsassistenten sowie wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte an den Hochschulen

188. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 14. März 1975 über die Festsetzung der Journaldienstzulage für die Ärzte an den Universitätskliniken und an den Tierkliniken der Tierärztlichen Hochschule

Auf Grund des § 17 a in Verbindung mit dem § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, im Zusammenhang mit dem § 22 Abs. 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, in der Fassung der 20. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 215/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet:

§ 1. Den Hochschulassistenten, den Vertragsassistenten, den Beamten der Verwendungsgruppe A und den Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppe a, die als Ärzte den Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienst an den Universitätskliniken oder als diplomierte Tierärzte an den Tierkliniken der Tierärztlichen Hochschule versehen, gebührt eine Journaldienstzulage nach Maßgabe der §§ 2 bis 3.

§ 2. Die Journaldienstzulage beträgt für die vom Bundesminister für Wissenschaft und For-

schung angeordneten Journaldienststunden, insoweit diese nicht durch Freizeit ausgeglichen werden,

1. für jede Journaldienststunde zwischen 6 Uhr und 22 Uhr an einem Werktag 0'82 v. H.
2. für jede Journaldienststunde zwischen 22 Uhr und 6 Uhr an einem Werktag sowie für jede der ersten bis zur achten Journaldienststunde an einem Sonn- oder Feiertag 1'10 v. H.
3. für jede Journaldienststunde ab der neunten Journaldienststunde an einem Sonn- oder Feiertag 1'65 v. H.

des Gehaltes (einschließlich allfälliger Teuerungszulagen) der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V der Beamten der Allgemeinen Verwaltung. Von diesen Hundertsätzen gelten 45 v. H. als Überstundenzuschlag.

§ 3. Bruchteile von Journaldienststunden sind jedenfalls durch Freizeit auszugleichen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1972 in Kraft.

Firnberg

189. Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 19. März 1975, mit der die Verordnung des Bundesministers für Justiz über die Festsetzung von pauschalierten Aufwandsentschädigungen für Beamte im Gefangenenaufsichtsdienst und für Jugenderzieher an Justizanstalten geändert wird

Auf Grund des § 20 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet:

Artikel I

Der § 4 der Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 21. Dezember 1973, BGBl. Nr. 11/1974, über die Festsetzung von pauschalierten Aufwandsentschädigungen für Beamte im Gefangenenaufsichtsdienst und für Jugenderzieher an Justizanstalten wird wie folgt geändert:

„§ 4. Die Aufwandsentschädigung nach § 3 beträgt für jede Stunde der Dienstleistung S 7'50. Für Bruchteile einer Stunde gebührt der verhältnismäßige Teil des vollen Stundensatzes.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1975 in Kraft.

Broda

190. Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 21. März 1975, mit der die Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 26. Juni 1973, BGBl. Nr. 324, über die Pauschalierung der Überstundenvergütungen für Richteramtsanwärter und Richter abgeändert wird

Auf Grund des § 16 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, wird im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen verordnet:

Artikel I

Die Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 26. Juni 1973, BGBl. Nr. 324, über die Pauschalierung der Überstundenvergütungen für Richteramtsanwärter und Richter wird wie folgt abgeändert:

§ 2 hat zu lauten:

„§ 2. Das Pauschale wird in einem Hundertsatz des Gehaltes (einschließlich allfälliger Teuerungs-

zulagen) der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V der Beamten der Allgemeinen Verwaltung für die nachstehend genannten Gruppen jeweils einheitlich wie folgt festgesetzt:

Gruppe	Hundertsatz
1. Richteramtsanwärter ohne Richteramtsprüfung	5'97
2. Richteramtsanwärter mit Richteramtsprüfung	8'97
3. Richter der Standesgruppe 1	20'92
4. Richter der Standesgruppe 2	24'28
5. Richter der Standesgruppe 3	26'15
6. Richter der Standesgruppen 4, 5 b, 5 und 6 b bei den Justizbehörden in den Ländern und im Evidenzbüro des Obersten Gerichtshofes, ausgenommen die Präsidenten des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen Wien und des Landesgerichtes für Strafsachen Wien und die Vizepräsidenten der Oberlandesgerichte	30'25
7. Präsidenten des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen Wien und des Landesgerichtes für Strafsachen Wien, Vizepräsidenten der Oberlandesgerichte und Räte des Obersten Gerichtshofes der Standesgruppen 5 und 6 b	34'37
8. Präsident des Oberlandesgerichtes ..	39'60
9. Senatsvorsitzender des Obersten Gerichtshofes	37'35
10. Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes	38'84
11. Präsident des Obersten Gerichtshofes	44'07
12. der Generalprokuratur zur Dienstleistung zugeteilte Richter für die Dauer der Zuteilung	31'37"

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1975 in Kraft.

Broda

191. Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 21. März 1975, mit der die Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 26. Juni 1973, BGBl. Nr. 325, über die Pauschalierung der Überstundenvergütungen für staatsanwaltschaftliche Beamte abgeändert wird

Auf Grund des § 16 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl.

Nr. 214/1972, wird im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen verordnet:

Artikel I

Die Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 26. Juni 1973, BGBl. Nr. 325, über die Pauschalierung der Überstundenvergütungen für staatsanwaltschaftliche Beamte wird wie folgt abgeändert:

§ 2 hat zu lauten:

„§ 2. Die pauschalierten Überstundenvergütungen werden in Hundertsätzen des Gehaltes (einschließlich allfälliger Teuerungszulagen) der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V der Beamten der Allgemeinen Verwaltung für die nachstehend genannten Gruppen wie folgt festgesetzt:

Gruppe	Hundertsatz
1. staatsanwaltschaftliche Beamte der Standesgruppe 2	30'25
2. staatsanwaltschaftliche Beamte der Standesgruppe 3	32'87
3. staatsanwaltschaftliche Beamte der Standesgruppe 4	37'73
4. staatsanwaltschaftliche Beamte der Standesgruppen 5 b und 5 bei den Justizbehörden in den Ländern, ausgenommen die Oberstaatsanwälte ..	38'84
5. staatsanwaltschaftliche Beamte der Standesgruppe 6 b bei den Justizbehörden in den Ländern, ausgenommen die Oberstaatsanwälte	39'96
6. Oberstaatsanwälte und Stellvertreter des Generalprokurators der Standesgruppe 5	42'58
7. Oberstaatsanwälte und Stellvertreter des Generalprokurators der Standesgruppe 6 b	43'70
8. Erster Stellvertreter des Generalprokurators	46'68
9. Generalprokurator	48'18
10. der Generalprokuratur zur Dienstleistung zugeteilte staatsanwaltschaftliche Beamte für die Dauer der Zuteilung	
a) der Standesgruppe 3	40'34
b) der Standesgruppe 4	41'45
c) der Standesgruppe 5 b	42'58“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1975 in Kraft.

Broda

192. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 21. März 1975, mit der die Verordnung über die Pauschalierung der Vergütungen für zeitliche Mehrleistungen für Hochschullehrer, Vertragsassistenten sowie wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte an den Hochschulen geändert wird

Auf Grund des § 16 in Verbindung mit dem § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, und dem § 22 Abs. 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, in der Fassung der 20. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 215/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet:

Artikel I

Die Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 25. Mai 1973, BGBl. Nr. 268, über die Pauschalierung der Vergütungen für zeitliche Mehrleistungen für Hochschullehrer, Vertragsassistenten sowie wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte an den Hochschulen wird wie folgt geändert:

Der § 2 hat zu lauten:

„§ 2. Das Pauschale wird in einem Hundertsatz des Gehaltes (einschließlich allfälliger Teuerungszulagen) der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V der Beamten der Allgemeinen Verwaltung für die nachstehend genannten Gruppen jeweils einheitlich wie folgt festgelegt:

Gruppe	Hundertsatz
1. Ordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 1 und 2 sowie Außerordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 3, 4 und 5 des Gehaltsüberleitungsgesetzes	19'62
2. Hochschulassistenten im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 6 des Gehaltsüberleitungsgesetzes und vollbeschäftigte Vertragsassistenten, sofern der Lehrkanzelinhaber bestätigt, daß der Vertragsassistent die gleiche Tätigkeit ausübt wie ein Hochschulassistent ..	11'92
3. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten ab dem fünften für die Vorrückung in höhere Bezüge berücksichtigten Dienstjahr	6'54
4. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten vom ersten bis zum vierten Dienstjahr	4'56
5. Vollbeschäftigte wissenschaftliche oder künstlerische Hilfskräfte	1'87“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1975 in Kraft.

Firnberg



**AMTLICHE SAMMLUNG
WIEDERVERLAUTBARER
ÖSTERREICHISCHER RECHTSVORSCHRIFTEN**

Bisher sind erschienen:

1945:		1957:	
Heft 1:	Österreichische Strafprozeß- ordnung vergriffen	Heft 1:	Nationalrats-Wahlordnung 1957 ... S 17'—
Heft 2:	Österreichisches Strafrecht vergriffen	Heft 2:	Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1957 S 7'—
Heft 3:	Vergnügungssteuergesetz für Wien... S 1'—	Heft 3:	Bauarbeiter-Urlaubsgesetz 1957 S 4'50
1949:		Heft 4:	Bauarbeiter-Schlechtwetter- entschädigungsgesetz 1957 vergriffen
Heft 1:	Wohnungsanforderungsgesetz 1949 . S 1'50	Heft 5:	Preisregelungsgesetz 1957 S 10'—
Heft 2:	Lastverteilungsgesetz 1949 S 1'20	Heft 6:	Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Kriegsopferversorgungswesens .. S 26'—
Heft 3:	Wuchergesetz 1949 S 1'—	Heft 7:	Feiertagsruhegesetz 1957 S 8'—
Heft 4:	Jugendgerichtsgesetz 1949 S 2'—	Heft 8:	Hausbesorgerordnung 1957 S 6'—
Heft 5:	Staatsbürgerschaftsrecht 1949 S 1'50	Heft 9:	Gebührengesetz 1957 S 28'—
Heft 6:	Gesetz über die bedingte Verurteil- ung 1949 S 1'20	1958:	
1950:		Heft 1:	Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 — AIVG. 1958 S 8'—
Heft 1:	Patentrecht 1950 vergriffen	1959:	
Heft 2/3:	Verwaltungsverfahren Agrarverfahrens-Gesetz S 25'—	Heft 1:	Arbeiterurlaubsgesetz 1959 S 2'80
Heft 4:	Wiedereinstellungsgesetz 1950 S 4'—	Heft 2:	Nationalrats-Wahlordnung 1959 .. S 35'—
Heft 5:	Epidemiegesetz 1950 S 7'—	Heft 3:	Wasserrechtsgesetz 1959 — WRG. 1959 S 50'—
Heft 6:	Preisregelungsgesetz 1950 S 4'—	Heft 4:	Kartellgesetz 1959 S 15'—
1951:		1960:	
Heft 1:	Agrarbehördengesetz 1950 S 2'—	Heft 1:	Strafprozeßordnung 1960 S 16'—
Heft 2:	Todeserklärungsgesetz 1950 S 3'—	1961:	
Heft 3:	Paßgesetz 1951 S 6'—	Heft 1:	Heimarbeitsgesetz 1960 S 62'—
Heft 4:	Kraftloserklärungsgesetz 1951 S 4'—	1962:	
Heft 5:	Abgabeneinhebungsgesetz 1951 S 4'50	Heft 1:	Nationalrats-Wahlordnung 1962 ... S 44'—
Heft 6:	Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der Bodenreform S 16'—	Heft 2:	Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1962 S 12'—
Heft 7:	Arbeitshausgesetz 1951 S 5'—	Heft 3:	Volksabstimmungsgesetz 1962 S 14'—
Heft 8:	Vereinsgesetz 1951 vergriffen	Heft 4:	Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962 (GEG. 1962) S 10'—
Heft 9:	Suchtgiftgesetz 1951 S 4'—	Heft 5:	Gerichts- und Justizverwaltungs- gebührengesetz 1962 (GJGebGes. 1962) S 40'—
Heft 10:	Giftgesetz 1951 S 6'—	1964:	
Heft 11:	Lebensmittelgesetz 1951 S 14'—	Heft 1:	Hebammengesetz 1963 S 12'—
1952:		Heft 2:	Mühlengesetz 1963 S 14'—
Heft 1:	Verwaltungsgerichtshofgesetz — VwGG. 1952 S 16'—	1965:	
Heft 2:	Lebensmittelbewirtschaftungs- gesetz 1952 S 7'—	Heft 1:	Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965 — VwGG. 1965 S 26'—
Heft 3:	Feuerschutzsteuergesetz 1952 S 4'—	Heft 2:	Gebührenanspruchsgesetz 1965 — GebAG. 1965 S 30'—
Heft 4:	Lastverteilungsgesetz 1952 S 6'—	1968:	
1953:		Heft 1:	Marktordnungsgesetz 1967 S 40'—
Heft 1:	Einführungsgesetz zur Exekutions- ordnung (EGEO.) vergriffen	1970:	
Heft 2:	Invalideinstellungsgesetz 1953 ... S 7'50	Heft 1:	Wählerevidenzgesetz 1970 S 18'—
Heft 3:	Beförderungssteuergesetz 1953 S 5'—	Heft 2:	Nationalrats-Wahlordnung 1970 .. S 62'—
Heft 4:	Markenrecht S 11'—	Heft 3:	Patentgesetz 1970 vergriffen
Heft 5:	Musterschutzgesetz 1953 S 5'50	Heft 4:	Markenschutzgesetz 1970 S 32'—
Heft 6:	Verfassungsgerichtshofgesetz — VerfGG. 1953 S 12'—	Heft 5:	Musterschutzgesetz 1970 S 18'—
Heft 7:	Versammlungsgesetz 1953 S 3'50	1971:	
Heft 8:	Sozialversicherungs-Überleitungs- gesetz 1953 — SV-ÜG. 1953 S 28'—	Heft 1:	Bundespräsidentenwahlgesetz 1971 . S 22'—
Heft 9:	Verwaltergesetz 1952 S 7'—	1972:	
Heft 10:	Wohnungsanforderungsgesetz 1953 . S 10'—	Heft 1:	Bundesgesetz über das Bundesgesetz- blatt 1972 S 12'—
1954:		1973:	
Heft 1:	Eisenbahnteilnahmeengesetz — Eisenb.Ent.G. 1954 vergriffen	Heft 1:	Volksabstimmungsgesetz 1972 S 30'—
1956:		Heft 2:	Volksbegehrengesetz 1973 S 28'—
Heft 1:	Arbeitsinspektionsgesetz 1956 — ArbIG. 1956 vergriffen	Heft 3:	Wählerevidenzgesetz 1973 S 30'—
Heft 2:	Milchwirtschaftsgesetz 1956 S 7'50		
Heft 3:	Getreidewirtschaftsgesetz 1956 S 6'50		
Heft 4:	Viehverkehrsgesetz 1956 S 6'50		

Zu beziehen in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung
Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), Tel. 72 61 51, und durch alle Buchhandlungen